

---

# Bericht

---

## Die internationale Gewerkschaftspolitik des DGB

Seit Gründung der ersten nationalen Gewerkschaftsbünde war die Praktizierung internationaler Solidarität ein nicht fortzudenkender Bestandteil ihrer Aktivitäten. Sehr wichtige Ziele wurden zuerst durch internationale Beschlüsse an die Öffentlichkeit getragen, so die Forderung nach dem Acht-Stunden-Tag, aber auch der Beschluß, jährlich am 1. Mai überall auf der Welt für die Forderungen der Arbeiterklasse öffentlich zu demonstrieren. Beides beschloß die Internationale Arbeiterkonferenz am 1. Mai 1889 in Paris.

In den ersten Jahrzehnten internationaler Gewerkschaftsbeziehungen ging es in erster Linie darum, sich gegenseitig bei der Durchsetzung nationaler Forderungen international zu unterstützen. Gemeinsame Aktionen wie Sympathiestreiks und nationale Sammlungen zur Streikfinanzierung spielten dabei vielleicht eine noch größere Rolle als heute. Gemeinsame Aktionen richteten sich aber auch darauf, internationale Instrumentarien für die Verbesserung der Arbeitsbedingungen zu schaffen.

Der Internationale Gewerkschaftsbund gründete sich so bereits Anfang dieses Jahrhunderts. Die Eiserne Internationale, der Internationale Metallarbeiterbund, wurde schon 1893 gegründet. Gleich nach dem Ersten Weltkrieg waren die Gewerkschaften aber auch maßgeblich an der Gründung der einzigen internationalen Organisation beteiligt, die den Völkerbund überlebt hat und in der Regierungen, Gewerkschaften und Arbeitgeber gleichermaßen vertreten sind: die Internationale Arbeitsorganisation.

In den ersten Jahrzehnten internationaler Arbeit ging es vor allem darum, sich gegenseitig bei der Durchsetzung nationaler Ziele zu unterstützen, die sozialen **und** wirtschaftlichen Bedingungen der Arbeitnehmer möglichst gleichmäßig in allen Ländern zu entwickeln. Dabei handelte es sich in jener Zeit um die industrialisierten Staaten Westeuropas und Nordamerikas. Darüber hinaus blieb die internationale Karte der Gewerkschaften ziemlich weiß. Das ist kein nachträglicher Vorwurf, sondern reflektiert die Möglichkeiten der Zeit. Kommunikation und Verkehr hielten damals auch das Weltbild der Gewerkschaften sehr beschränkt.

Es wäre falsch, den Eindruck entstehen zu lassen, früher sei internationale Gewerkschaftspolitik neben der allgemeinen politischen Entwicklung beteiligungslos dahergelaufen.

*Carl Legien* z. B. war ein politisch sehr engagierter Vorsitzender des Internationalen Gewerkschaftsbundes schon vor dem Ersten Weltkrieg, der den Kampf für Freiheit der

Arbeiterklasse und eine demokratische Gesellschaftsordnung als internationales Ziel verstand.

*Johannes Sassenbach*, Vorstandsmitglied des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes und später (1927 bis 1933) Generalsekretär des IGB, setzte schon 1920 gegenüber der Reichsregierung durch, den Deutschen Botschaften Sozialreferenten anzugliedern. Er selbst war von 1920 bis 1923 der erste Sozialreferent an den Deutschen Botschaften in Rom und Brüssel. So hatte er einen wesentlichen Anteil daran, daß nicht nur die Gewerkschaften und die sozialistischen Parteien, sondern auch die breite Öffentlichkeit und die Regierungen Vertrauen zu einem demokratischen Deutschland fanden.

*Samuel Gompers*, Vorsitzender der AFL der Vereinigten Staaten, der reges Interesse an der Entwicklung internationaler Gewerkschaftspolitik zeigte, versuchte schon vor dem Ersten Weltkrieg durch Erklärung von Sympathie und Antipathie die internationale Gewerkschaftsbewegung zu beeinflussen. Die Einstellung zu Kommunisten und der neuen Sowjetregierung spielte dabei nach dem Ersten Weltkrieg bereits eine ähnliche Rolle wie heute in der Politik der AFL/CIO.

Für den engen Bezug zwischen nationaler Staats- und Gewerkschaftspolitik spricht auch der Umstand, daß regelmäßig bei Ausbruch von Kriegen die internationalen Gewerkschaftsbünde ihre Funktion aufgeben mußten, obwohl gerade sie eine wesentliche Vermittlerrolle hätten spielen können. Während des Ersten Weltkrieges blieben vom Internationalen Gewerkschaftsbund nur der Name und ein Streit, ob sein Büro für die Dauer des Krieges nach Bern oder nach Brüssel verlegt werden sollte. Während des Zweiten Weltkrieges existierte das Sekretariat des IGB zwar weiter, hatte aber keine Funktion und mußte tatenlos zusehen, wie an ihm vorbei eine neue internationale Gewerkschaftsorganisation gegründet wurde.

#### *Gegensätzliche Entwicklungen nach 1945*

Erst mit dem Ende des Zweiten Weltkrieges entwickelten sich internationale Gewerkschaftsbeziehungen zu einem wesentlichen Bestandteil internationaler Politik im allgemeinen. Diese Entwicklung setzte sich fort in den Jahren des Kalten Krieges.

Die anglo-sowjetische Gewerkschaftskommission lud für den Februar 1945 zu einer internationalen Vorbereitungskonferenz zur Gründung eines weltumfassenden Gewerkschaftsbundes ein — sein späterer Name: Weltgewerkschaftsbund (WGB).

Damals wurde eine Entwicklung eingeleitet, die sich hinwegsetzte über bereits bestehende internationale Strukturen wie den Internationalen Gewerkschaftsbund und die Internationalen Berufssekretariate. Stand bis dahin auch für die internationalen Gewerkschaften der konzentrierte Kampf um die Verbesserung der Arbeitsbedingungen im Vordergrund, sucht man derartige Erklärungen vergebens in den Protokollen der Vorbereitungskonferenz (Februar 1945 in London) und der Gründungskonferenz (Juni 1945 in Paris) des WGB. Im Vordergrund der Diskussionen stand vielmehr die Niederrichtung des Hitlerfaschismus und das weitere Schicksal des Deutschen Reichs, weniger die Errichtung einer neuen Weltordnung, gar nicht die Position der Arbeitnehmer in der Rekonstruktion des vom Krieg zerstörten Europa.

Auseinandersetzungen über die Stellung der arbeitenden Menschen beim Wiederaufbau, besonders die Rolle des Marshallplans, aber auch die Tatsache, daß Diskussionen über die Tagesprobleme einer gewerkschaftlichen Interessenvertretung zurückstehen mußten hinter sehr einseitiger politischer Propaganda der Kommunisten, führten schon vier Jahre später im Juni 1949 zum Austritt einiger Gewerkschaftsbünde aus westlichen Industrienationen aus dem WGB und zur Gründung des Internationalen Bundes Freier Gewerkschaften (IBFG).

Der Deutsche Gewerkschaftsbund, der dem Weltgewerkschaftsbund nicht angehört hatte, wurde Gründungsmitglied des IBFG (Gründungskongreß im November/Dezember 1949 in London), der freien Gewerkschaftsinternationale, in der heute 118 Organisationen aus 88 Ländern mit zusammen 51 755 873 Mitgliedern zusammengeschlossen sind.

Sicher reflektieren die Gegensätze zwischen IBFG und Weltgewerkschaftsbund in den Jahren des Kalten Krieges die Gegensätze der staatspolitischen Machtblöcke in Ost und West. Falsch wäre es aber, die Blockabhängigkeit des IBFG in den Vordergrund seiner Aktivitäten in den letzten 25 Jahren zu stellen. Natürlich vollzog sich seine Arbeit im Bereich des westlichen Macht- und Wirtschaftsbündnisses. Sicher trifft es auch zu, daß die AFL/CIO den IBFG verließ, als sie zu erkennen glaubte, daß dieser sich stärker zu einem von Blockdenken unabhängigen Gebilde entwickelte, als zum Beispiel einige westeuropäische Gewerkschaftsbünde Informationskontakte zu osteuropäischen Arbeitnehmerorganisationen aufnahmen. Die eigentlichen großen Leistungen des IBFG werden aber unter einem ganz anderen Aspekt zu sehen sein.

Erst die Gründung des IBFG machte es möglich, freie demokratische Gewerkschaften aus der gesamten Welt in einer Weltorganisation zu integrieren. Dies erforderte vor allem eine ganz andere Konzeption des Sinns internationaler Gewerkschaftssolidarität. Eine Gewerkschaftsinternationale der zweiten Hälfte des 20. Jahrhunderts, in der Arbeitnehmer aus Industrie- und Entwicklungsländern gleichermaßen ihre Vertretung finden sollen, kommt nicht damit aus, daß sich die einzelnen Bünde international bei der Durchsetzung ihrer Anliegen unterstützen. Die weltweite Harmonisierung der Entlohnungs- und Arbeitsbedingungen bleibt zwar ein wichtiges Ziel, aber aufgrund des bestehenden Gefälles und der differenzierten Situationen in verschiedenen Ländern nicht primär im mikro-, sondern im makroökonomischen Bereich.

#### *Zur Arbeit des IBFG*

Im Vordergrund der Arbeit des IBFG standen seit seiner Gründung der Aufbau junger Gewerkschaften in den Staaten Asiens, Afrikas und Lateinamerikas sowie die Gestaltung einer gemeinsamen Politik der Gewerkschaften aus den Industrienationen und den Entwicklungsländern. Hinsichtlich des Aufbaus junger Gewerkschaften war es insbesondere die Hilfe in der Bildungs- und Organisationsarbeit, durch die Funktionäre herangebildet wurden, die ihre Gewerkschaften unabhängig leiten und zu starken Interessenvertretungen entwickeln konnten.

Eigene regionale Bildungseinrichtungen des IBFG in Afrika (Kampala/Uganda bis zur Enteignung 1968), Asien (*Asian Trade Union College* in New Delhi/Indien) und Lateinamerika (Interamerikanisches Gewerkschaftsinstitut in Cuernavaca/Mexiko) wie auch von Land zu Land reisende Gewerkschaftslehrer dienten diesem Zweck. In zunehmendem Maße beteiligte sich auch die deutsche Gewerkschaftsbewegung in ihren bilateralen Beziehungen an der gesellschaftspolitischen Entwicklungsarbeit im gewerkschaftlichen Bereich. Auf diesem Feld arbeitet der Deutsche Gewerkschaftsbund sehr eng mit der Friedrich-Ebert-Stiftung zusammen. Selbstbewußte und zunehmend an Stärke gewinnende Gewerkschaften unter Leitung fähiger, gut ausgebildeter Funktionäre sind in vielen Ländern der Entwicklungskontinente der Erfolg.

Gewerkschaften aus den Industrie- und Entwicklungsländern haben gemeinsam im Rahmen des IBFG Programme zur Gestaltung einer sozial und wirtschaftlich gerechteren Weltordnung entwickelt, um diese gegenüber nationalen Regierungen und bei internationalen Organisationen durchzusetzen.

Heute wird oft im Zusammenhang mit der Erörterung einer neuen Weltwirtschaftsordnung der Eindruck erweckt, als sei die Notwendigkeit einer weltweiten Vermögens- und Einkommensumverteilung eine ganz neue Erkenntnis. Genau um diese Fragen ging

es dem IBFG aber bereits seit seiner Gründung. Die freie internationale Gewerkschaftsbewegung hat sich immer wieder für die Durchsetzung und Erhaltung von Menschen- und Gewerkschaftsrechten eingesetzt, die überall auf der Welt immer wieder verletzt und unterlaufen werden, sei es nun durch Gründung staatsabhängiger Zwangsorganisationen oder durch Unterdrückung bestehender Gewerkschaften.

Aber sie waren auch immer da zur Stelle, wo es darum ging, nach Jahren der Unterdrückung freie Gewerkschaften neu zu schaffen, deren Aufbau zu unterstützen. In den letzten Jahren ging es dabei besonders um den Aufbau der Organisationen in Griechenland und Portugal.

Während in Griechenland Anfang 1976 eine freie Konföderation ihren ersten Kongreß abhalten konnte, geht es in Portugal noch immer darum, einseitige parteipolitische Kontrolle in der Gewerkschaftsbewegung zu überwinden.

Seit dem Tode *Francos* gibt es nach 40jähriger Unterbrechung auch in Spanien wieder Ansatzmöglichkeiten zur Entwicklung einer freien Gewerkschaftsbewegung. Hier geht es im Augenblick darum, die Legalität der Gewerkschaften zu erringen, die bestehenden Staatssyndikate abzulösen, gleichzeitig aber auch die derzeitige Tendenz eines schrankenlosen Gewerkschaftspluralismus zu überwinden. Neben der Unterstützung unserer Bruderorganisationen UGT und STV beim Wiederaufbau geht es dem DGB und den Gewerkschaftsbünden in Europa aber auch darum, nicht etwa einem scheindemokratischen System Anerkennung und Mitgliedschaft in der Europäischen Gemeinschaft und in der Welt zu geben, bevor nicht sichergestellt ist, daß sich demokratische Verhältnisse in Spanien durchsetzen, wozu in erster Linie gehört, daß diese Regierung die demokratischen Grundrechte, wie vor allen Dingen die freie Zulassung aller Parteien und Gewerkschaften garantiert.

#### *Zur Arbeit des EGB*

Die Gewerkschaften in Europa waren immer von der Notwendigkeit internationaler Gewerkschaftssolidarität überzeugt. Sie standen in den internationalen Bündnissen und Berufssekretariaten der Fachgewerkschaften immer an führender Stelle. Wenn sie es dennoch 1973 für nötig gehalten haben, einen eigenen Europäischen Gewerkschaftsbund zu gründen, dann nicht zum Zweck der Isolierung vom Rest der Welt oder um einen europäischen „Club der Reichen“ zu gründen. Durch den sich beschleunigenden Integrationsprozeß in Westeuropa, besonders im Rahmen der Europäischen Gemeinschaft, nahmen die Europa umspannenden Aufgaben der Gewerkschaftsbünde ganz einfach einen solchen Umfang an, daß sie nicht mehr hinlänglich im Rahmen einer Weltorganisation wie dem IBFG nebenher bewältigt werden konnten. Darum entstand der Europäische Gewerkschaftsbund, dem heute 30 Organisationen aus 17 Ländern mit zusammen 35 Millionen Mitgliedern angehören. Diesem Bund gehören nicht nur die Organisationen des Internationalen Bundes Freier Gewerkschaften an, sondern auch die europäischen Bünde des vormals christlichen Weltverbandes der Arbeitnehmer und die italienische kommunistische CGIL.

So hat sich in dieser neuen europäischen Gewerkschaftszentrale eine Vielfalt und eine Vielzahl von Organisationen zusammengefunden, die sich teilweise über mehr als 100 Jahre, obwohl dem internationalen Gedanken immer aufgeschlossen, national unabhängig voneinander entwickelt haben, mit eigener Tradition, eigener Ideologie, unterschiedlicher Struktur und verschiedenen nationalen Wirtschaftssituationen. Es kann gar nicht anders sein, als daß diese Organisationen, bevor sie in ihrer neuen europäischen Struktur mit einer Stimme sprechen können, einer Phase der gegenseitigen Anpassung und der Konsolidierung bedürfen.

Noch auf dem Außerordentlichen Kongreß des Europäischen Gewerkschaftsbundes im Jahre 1974 in Kopenhagen hatte es den Anschein, als läge der Zeitpunkt für eine solche Konsolidierung noch in weiter Ferne. Der Versuch, ein europäisches gewerkschaftliches Aktionsprogramm anzunehmen, scheiterte an den vielen nationalen Sonderinteressen und daran, daß man gleich mit einem Wurf alles schaffen zu können meinte. Aber schon der zweite Ordentliche Kongreß des Europäischen Gewerkschaftsbundes, der im April 1976 in London stattfand, einigte sich auf ein Aktionsprogramm in Form von in neun Entschliefungen zusammengefaßten Aktionszielen für die Jahre 1976 bis 1979. In deren Mittelpunkt stehen naturgemäß die gemeinsamen Forderungen zur Behebung der Wirtschafts- und Beschäftigungskrise. Die Einigung kam zustande nicht auf der Basis von Maximalforderungen, sondern durch Einigung auf dem kleinsten gemeinsamen Nenner.

Ein Erfolg von Beharrlichkeit war auch die Durchsetzung der vom EGB-Präsidenten *Heinz O. Vetter* gegenüber dem Europäischen Rat der Regierungschefs geforderten Dreigliedrigen Wirtschafts- und Sozialkonferenz im Rahmen der Europäischen Gemeinschaft. Die erste Dreigliedrige Konferenz fand im November 1975 statt, die zweite im Juni 1976. Neben den Vertretern der Regierungen waren an diesen Konferenzen beteiligt die Vertreter der Gewerkschaften, der Arbeitgeber und der Europäischen Kommission. Zum ersten Mal wurden hier aufgrund einer europäischen Analyse des Arbeitsmarktes und des wirtschaftlichen Wachstumsprozesses Lösungsvorschläge erörtert und nach hartnäckiger Diskussion von den am Wirtschaftsprozeß beteiligten Gruppen akzeptiert. Gemeinsam wurde am Ende der zweiten Konferenz erklärt, daran mitzuwirken, die konjunkturelle Arbeitslosigkeit in der EG bis 1978 abzuschaffen und Vollbeschäftigung bis 1980 wieder herbeizuführen. Die Inflationsrate sollte im Durchschnitt der Gemeinschaft auf 4,5 bis 5 Prozent gesenkt werden.

#### *Gewerkschaftliche Ostpolitik*

In den Jahren des Kalten Krieges gab es klare politische Fronten auch im Gewerkschaftsbereich. Die Bruderschaft blieb auf den Block beschränkt. Die anderen waren Gegner. Das galt für beide Blöcke gleichermaßen. Wenn die DGB-Kongresse der vergangenen zehn Jahre sich kontinuierlich für Informationskontakte zu den Arbeitnehmerorganisationen Osteuropas aussprachen, dann geschah das nicht zuletzt in der Erkenntnis der Widernatürlichkeit künstlicher Blockbildung und willkürlicher Grenzen, die dazu führten, daß Information über die jeweils andere Seite ersetzt wurde durch Propaganda.

Der Geschäftsbericht des DGB-Bundesvorstandes an den 10. Ordentlichen Bundeskongreß 1975 erklärt, daß heute die Beziehungen zu den Organisationen in Osteuropa „normal“ seien. In der Praxis heißt das, daß die durch Kongreßbeschluf geforderten Informationskontakte geschaffen wurden durch, die Entwicklung des Informations- und fachlichen Erfahrungsaustauschs zu den Ländern Osteuropas. Dabei wird nicht übersehen, daß die Existenz unterschiedlicher Gesellschaftssysteme der Vergleichbarkeit der Aktivitäten im Interesse der Arbeitnehmer, aber auch einer Zusammenarbeit enge Grenzen setzt. Daneben aber gibt es auch einen weiten Bereich zur Gestaltung bilateraler Beziehungen. Gerade in fachlichen Bereichen gibt es zweifellos gemeinsame Probleme wie zum Beispiel im Umweltschutz, bei der Humanisierung der Arbeitswelt und Unfallverhütung, die im Interesse der Arbeitnehmer dort und hier besser zu regeln sind.

Gemeinsame Interessen verbinden uns bezüglich der Voraussetzung der Entspannung in Europa sowohl in der Sicherung des Friedens und der Förderung wirtschaftlicher Zusammenarbeit, besonders aber auch im Ausbau menschlicher Kontakte und Schaffung humanitärer Erleichterungen. Gerade der bisherige Verlauf gewerkschaftlicher

Beziehungen nach Osteuropa mag dies bestätigen und tritt sicher denen entgegen, für die Entspannung ein taktischer Trick oder eine fixe Idee ist.

#### *DGB und AFL/CIO*

Unterschiedliche Bewertung der Ostpolitik war eine der Ursachen für den Austritt des US-Gewerkschaftsbundes AFL/CIO aus dem IBFG. Dieser Gegensatz bleibt auch weiter die Grundlage vielfältiger Auseinandersetzungen zwischen dem großen amerikanischen Gewerkschaftsbund und den freien Gewerkschaften in Westeuropa. Dabei fehlt der AFL/CIO weitgehend die Einsicht, daß es vielfältige Bereiche gibt, in denen im Interesse der arbeitenden Menschen auf beiden Seiten des Atlantiks eine Zusammenarbeit nicht nur nützlich, sondern notwendig ist. Besonders sei hier darauf verwiesen, daß zwei Drittel aller multinationalen Konzerne ihren Stammsitz in den USA haben, während in fast allen europäischen Ländern die gleichen Konzerne zu den größten Investoren gehören.

Um so bedauerlicher ist es, daß die AFL/CIO ihre Kooperationsbereitschaft gegenüber den europäischen Gewerkschaftsbünden von einem Bekenntnis ihrer Partner zum militanten Antikommunismus abhängig macht.

Ungeachtet dessen hat der Deutsche Gewerkschaftsbund immer wieder Anstrengungen unternommen, die Kontakte zur AFL/CIO zu erweitern, mindestens aber sicherzustellen, daß diese Beziehungen nicht völlig abreißen.

Die Beziehungen zwischen deutschen und amerikanischen Gewerkschaften wäre aber unvollständig beschrieben, würde man nur das Verhältnis der beiden Bünde zueinander betrachten. Auf der Ebene der Fach- und Industriegewerkschaften, da also, wo es direkt um die Arbeitsbedingungen geht, funktionieren ununterbrochen gute Kontakte. Im Rahmen der Internationalen Berufssekretariate wirkt sich gerade die enge Zusammenarbeit von amerikanischen und deutschen Gewerkschaften positiv auf die Gestaltung vergleichbarer Entlohnungs- und Arbeitsbedingungen aus.

#### *Schlußbemerkung*

Hier wurde versucht, den großen Rahmen internationaler Gewerkschaftsbeziehungen zu umreißen. Diese Darstellung konnte nur oberflächlich sein. Einiges aber sollte dabei doch klar erkennbar geworden sein:

1. Internationale Gewerkschaftsbeziehungen sind nicht mehr wie in ihren Anfängen allein auf die brüderliche Unterstützung nationaler Gewerkschaftsaktionen gerichtet. Sie haben sich zu einer kontinuierlichen Zusammenarbeit in Richtung auf langfristige und gemeinsame Ziele entwickelt.

2. Internationale Gewerkschaftsbeziehungen funktionieren nicht losgelöst von allgemeinen politischen Ereignissen. Sie reagieren auf sie. Als bedeutende politische Gruppen übernehmen Gewerkschaften aber auch eine eigene Rolle in der Gestaltung dieser Ereignisse und Abläufe. In dieser Rolle stehen sie aber nicht in Konkurrenz zu den Aufgaben des Staates.

3. Während früher internationale Beziehungen oft bestimmt wurden durch nationale Gewerkschaftsaktionen, ist heute eine nationale Gewerkschaftspolitik kaum noch vorstellbar ohne Bezug auf die internationale oder europäische Entwicklung. Das gilt vorrangig im wirtschafts- und sozialpolitischen, aber auch im gesellschaftspolitischen Bereich.

Während früher internationale Gewerkschaftsstrukturen in ihrer Existenz anfällig waren gegenüber weltpolitischen Ereignissen, ist heute nicht nur ein Wandel hinsichtlich ihrer größeren Stabilität eingetreten. Der IBFG und mit ihm der DGB leisten in ihrer täglichen Arbeit einen wichtigen Beitrag zu einer stabilen Welt in einer gerechten Ordnung.

*Erwin Kristoffersen, Leiter der Abteilung Internationales beim DGB-Bundesvorstand*